

bei der Karteieinsichtnahme anwesende Vertrauensperson alle einen Abgeordneten betreffenden Hinweise dem Fraktionsvorsitzenden mitteilt. Es soll dann in einem Gespräch dem Abgeordneten die Möglichkeit gegeben werden, sich zu erklären. Bleiben nach diesem Gespräch noch Unklarheiten oder Zweifel bestehen, soll der Prüfungsausschuß tätig werden.

Wir sind dafür, diesen Ausschuß so klein wie irgend möglich zu halten, um eine absolute Vertraulichkeit zu gewährleisten.

(Beifall, vor allem bei der CDU)

Wir fordern, eine Geheimhaltungspflicht rechtlich zu fixieren. So wie wir unseren Wählerinnen und Wählern verpflichtet sind, sind wir es auch unseren Abgeordneten. Ihre persönliche Integrität und Würde gilt es zu wahren. Wir wollen und dürfen nicht den Eindruck entstehen lassen, es seien zunächst erst einmal alle belastet, und jeder sei verpflichtet, sich von einem imaginären Verdacht zu befreien. Diese Umkehr der Beweislast halten wir sowohl aus moralischen als auch aus rechtsstaatlichen Gründen für nicht vertretbar. Sie ist für den einzelnen und für das Hohe Haus unerträglich.

Wir wehren uns mit Entschiedenheit gegen pauschale Anschuldigungen und Verdächtigungen, und wir sagen es ganz offen: Uns gilt das Wort eines Abgeordneten mehr als anonyme Hinweise, Verdächtigungen und Anschuldigungen aus ehemaligen Stasikreisen.

(Beifall, vor allem bei CDU und DSU, teilweise auch bei der SPD)

Ganz besonders bedauern wir, daß es die raffinierte Arbeitsweise und die parteipolitisch geprägte Struktur des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit ausschließen, auch jene in die gleiche Überprüfung einzubeziehen, die sich in der Vergangenheit als politische Befehlsgeber

(starker Beifall bei fast allen Fraktionen)

und damit als persönlich verantwortlich für die Arbeit dieses Ministeriums oder seiner Dienststellen möglicherweise schuldig gemacht haben.

Wir möchten, daß der Prüfungsausschuß seine Arbeit sorichtet, daß er bald zu einem endgültigen Ergebnis kommt und das erste frei gewählte Parlament, befreit von den Belastungen der Vergangenheit, seine Arbeit vollziehen kann.

(Beifall, vor allem bei CDU und DSU)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich danke dem Abgeordneten und rufe nun den Abgeordneten der Fraktion der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands und des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands.

Abg. Dr. Goepel, Sprecher der Fraktion DBD/DFD:

Werte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Fraktion DBD/DFD steht voll hinter diesem Antrag und entspricht damit der Forderung ihrer Wähler. Es haben sich alle Mitglieder unserer Fraktion einer Überprüfung im Vorfeld dieses Antrages unterzogen. Wir sehen darin eine Voraussetzung zur Herstellung und Vertiefung des Vertrauens der Abgeordneten zu ihren Wählern sowie der Parlamentarier dieses Hauses untereinander. Ich danke Ihnen.

(Vereinzelt Beifall)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich danke dem Abgeordneten und bitte nun den Abgeordneten der Deutschen Sozialen Union, das Wort zu nehmen.

Abg. Prof. Dr. Walther, Vorsitzender der Fraktion der DSU:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im ersten frei gewählten Parlament auf dem Territorium des östlichen Teils

Deutschlands sieht die Deutsche Soziale Union die historische Chance, die Freiheit in unserem Vaterland wieder herzustellen.

Über 40 Jahr sozialistisch-kommunistische Zwangsdiktatur der SED haben es nicht vermocht, den Freiheitswillen im deutschen Volk auszurotten.

(Beifall)

Die erste friedliche Revolution in der deutschen Geschichte hat in unseren Bürgern gewaltige Kräfte freigelegt, so daß jetzt die klare Mehrheit den gewählten Abgeordneten den Auftrag erteilt, die Schatten der Vergangenheit zu beseitigen und eine demokratische Ordnung zu schaffen.

Unbelastet von alten Strukturen des stalinistischen Machtapparates der Parteien und Massenorganisationen geht die DSU voller Optimismus ihren Weg in die Zukunft. Doch ein Neuanfang ohne Aufarbeitung des Alten ist nicht möglich.

(Vereinzelt Beifall)

Uns alle belastet das Wissen um Schild und Schwert der Partei, der Staatssicherheit. Wir wollen dieses dunkle Kapitel der Geschichte aufarbeiten. Es war für uns alle als DSU-Fraktion ein furchtbares Gefühl, auf dem Hof der Mafia-Stasi-Zentrale in der Normannenstraße zu stehen. Eine unabhängige Gruppe betrauten wir mit der Einsicht in unsere Akten. Mittels Karteikarte, dirgelegt worden war, um die Herrschaft einer Clique über ein ganzes Volk auf ewige Zeiten zu zementieren, wurde die Sauberkeit der DSU vollständig nachgewiesen.

(Beifall, vor allem bei der CDU)

Zwar empfanden wir dabei eine gewisse Befriedigung und Befreiung, aber ich möchte betonen, daß die Fragwürdigkeit dieser Methoden unbestritten bleibt. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, im Namen aller Abgeordneten der Deutschen Sozialen Union allen Opfern dieses Staatssicherheitsdienstes unser Mitgefühl auszusprechen und unsere solidarische Hilfe anzubieten. Die Abgeordneten der Fraktion der DSU halten es für dringend erforderlich, diese Schatten der Vergangenheit zu beseitigen. Es kann unserem Volk, das über 40 Jahre von dieser Verbrecherorganisation drangsaliert wurde, nicht zugemutet werden, daß unter den frei gewählten Abgeordneten dieses Hohen Hauses Personen sind, die für die am deutschen Volk begangenen Verbrechen mit Verantwortung tragen.

(Beifall)

Die Fraktion der DSU stimmt dem Antrag zu.

(Beifall, vor allem bei der CDU)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich danke dem Abgeordneten der DSU und rufe nun den Abgeordneten der Fraktion der Liberalen auf.

Abg. Felber (Liberal):

Frau Präsidentin! Verehrte Abgeordnete! Ich möchte hier versuchen, mit Blick auf ein großes Arbeitsprogramm des heutigen Tages die Auffassung der Fraktion der Liberalen in kurzen Worten zu umschreiben. Wir sollten uns auf Sachfragen verständigen.

Die liberale Fraktion steht in der Grundauffassung zu dem vorliegenden Dokument. Wir möchten aber anführen, daß weiterhin die Strukturen des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit und des Ministeriums für Staatssicherheit in sich und in Verbindung mit der ehemaligen Partei- und Staatsführung aufgeklärt werden. Und wir sind dafür, daß alle Abgeordneten und Minister ohne Abgeordnetenmandat sorgfältig geprüft werden auf eine Verbindung zu diesen Ämtern. Es muß aber ein Konsens gefunden werden, der eine Bearbeitung in rechtmäßigem und rechtllichem Rahmen garantiert, und der Ausschuß soll-